



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein spannendes Wahljahr liegt nun hinter uns. Während die Ergebnisse auf der Landesebene für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht ganz wie erhofft ausfielen, können wir im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf auf einen sehr erfolgreichen Wahlausgang zurückblicken und mit einer Neuauflage der rot-grünen Zusammenarbeit ins neue Jahr starten. Denn jetzt gilt es, Ziele umzusetzen. Eines dieser Ziele war und bleibt für die Grünen im Bezirk Lebensqualität und Freiräume für die BewohnerInnen zu schaffen. Deshalb widmen wir den ersten Stachel dieses Jahres nicht nur der Reflexion über die vergangene Wahl, sondern auch den Plätzen in Charlottenburg-Wilmersdorf. Wir zeigen die möglichen Alternativen auf, mittels derer diese Freiräume nicht zum Straßenbegleitgrün verkommen, sondern zentrale öffentliche Anlaufstellen und Wohlfühlorte für alle Anwohnerinnen und Anwohner werden.

Viel Spaß beim Lesen und ein tolles Jahr 2012 wünscht die Stachelredaktion.



Auf Bezirksebene haben wir's geschafft – rot-grüne Zählgemeinschaft arbeitet für Charlottenburg-Wilmersdorf (siehe Seite 3)
FOTOS: KLAUS HARTMANN / BA CHAR.-WILM. – KHMM / BA CHAR.-WILM. – SENOLD / FOTOLIA – MONTAGE: MATTHIAS REICH

Berliner Grüne und die Berliner Wahl

NICOLE LUDWIG & JOCHEN ESSER

Im September 2011 haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das beste Wahlergebnis ihrer Parteigeschichte erzielt. Der Abstand zu SPD und CDU ist deutlich kleiner geworden, und die erstmals starke Linkspartei haben wir hinter uns gelassen. 257.000 Wählerinnen und Wähler, das sind 17,6 Prozent der Wahlberechtigten, haben uns am 18. September ihre Stimme gegeben. Die 76.000 neuen Wählerinnen und Wähler gegenüber 2006 sind der größte Zuwachs, den wir je hatten. In Charlottenburg-Wilmersdorf haben wir zu unserer Freude sogar überdurchschnittlich zugelegt.

Stimmen gewonnen, Regierung verloren

Gleichwohl ist das praktische Ergebnis der Wahl 2011 eine Enttäuschung für uns und sicher auch für Sie, falls Sie uns unterstützt und Ihre Stimme gegeben haben. Das erklärte Wahlziel, die Richtlinien der Berliner Politik zu bestimmen und Renate Künast zur Regierenden Bürgermeisterin zu wählen, haben wir nicht erreicht. Auch die danach angestrebte rot-grüne Regierung kam nicht zustande. Dass auch noch offene Grabenkämpfe in der grünen Fraktion entbrannten, gab vermeintlich denen Recht, die uns ohnehin keine vernünftige Regierungsarbeit zutrauten.

Uns ist klar, dass wir verlorenes Vertrauen nur wiedergewinnen können, wenn wir jetzt zur sachorientierten Arbeit zurückkehren und unsere Oppositionsaufgaben erfüllen.

Rot-Schwarz: Prüfen statt Handeln

Das ist auch nötig. Denn die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU lässt für Berlin wenig Gutes ahnen. Wichtige Weichenstellungen kommen im rot-schwarzen Kuhhandel nicht vor. Von Investitionen in Bildung, die Energiewende und neue Mobilitätskonzepte steht nichts im Koalitionsvertrag. Eine greifbare politische Vision für die Stadt fehlt gänzlich. Verbindliche Zusagen sucht man meist vergeblich. Das Ganze ähnelt einem glibberigen Pudding aus Prüfaufträgen.

Wohnen: Es sollen zwar pro Jahr 6.000 neue Wohnungen gebaut werden, aber von wem, wie und wo bleibt unklar. Ein Verbot der Zweckentfremdung (Keine Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen u.ä.), das sofort Druck vom angespannten Wohnungsmarkt nehmen würde, ist nicht vorgesehen.

Wirtschaft: Kleinteilige Regelungen wie eine Parkvignette für Handwerker werden festgezurr. Wirksame Instrumente wie ein Gesetz zur Schaffung von BIDs (Business Improvement Districts) werden aber nur geprüft. Verbindliche Schritte zur Green Economy, die in Deutschland die meisten Arbeitsplätze schafft, werden erst gar nicht aufgezeigt. Selbst die Chefetagen der Energie- und Autokonzerne sind inzwischen grüner als dieser Senat.

Verkehr: Die A 100 soll gebaut werden, falls es je Geld aus dem Bundeshaushalt gibt. Das anhaltende S-Bahn-Chaos wird zwar an drei Stellen im Koalitionsvertrag angesprochen. Aber was SPD und CDU zur Lösung der Misere vorhaben, wissen sie offenkundig selber noch nicht. Ein zukunftsfähiges Konzept zur Infrastruktur unserer wachsenden Stadt, das ÖPNV und Individualverkehr in ein neues ökologisches Zeitalter führt, fehlt völlig.

Haushalt: SPD und CDU versprechen ab 2016 keine Schulden mehr zu machen. Dafür sollen die seit zehn Jahren stagnierenden Gehälter der Berliner Beamten und der Beschäftigten bei den sozialen Dienstleistern weitere fünf Jahre eingefroren bleiben. Dass das nicht geht, liegt auf der Hand. Stattdessen wimmelt es im Koalitionsvertrag von Großprojekten wie der Landesbibliothek, die auch nicht ausfinanziert sind.

Stark in der Grünen Opposition

Es war ein Fehler, dass wir im Wahlkampf Woweritschs Fehdehandschuh auf dem Feld der Infrastrukturinvestitionen nicht aufgenommen und offensiv die Auseinandersetzung darüber gesucht haben, welche Investitionen in die Zukunft einer Metropole wie Berlin tatsächlich strategisch unerlässlich sind – drei Kilometer

Autobahn oder Investitionen in Bildung, in die Energiewende und in neue Mobilitätskonzepte? Aufgabe unserer Fraktion aber auch der Partei wird es sein, hier in den nächsten Monaten unsere Konzepte weiterzuentwickeln und die Akzente deutlicher zu setzen als in der Vergangenheit.

Der neue Senat, dem noch vor der Regierungserklärung der erste Senator abhandeln gekommen ist und das Amt des Polizeipräsidenten nicht besetzt kriegt, bietet schon jetzt genügend Angriffspunkte. Wir wollen mit 29 – trotz aller Querelen – hochmotivierten Abgeordneten an die gute Politik der letzten Jahre anknüpfen und als kraftvolle Opposition gegen die rot-schwarze Koalition agieren. Das sind wir den Wählerinnen und Wählern schuldig, die uns zur größten Oppositionsfraktion im Abgeordnetenhaus gemacht haben.

INHALT

2 BUNDESEBENE
Sechs Wahrheiten über die Europäische Schuldenkrise in 2012

3-5 SCHWERPUNKTHEMA
„Nach der Wahl“
Rot-Grün auf Landesebene | Rot-Grüne Zählgemeinschaft | Wahlergebnisse | Vorstellung BVV-Fraktion

6 Gemeinsam entern oder einsam kentern?!
Was wünschen sich die Piraten von den Grünen? Was wünschen sich die Grünen von den Piraten?

„Das Unerträgliche bekämpfen“
Aufruf vom Résistance-Kämpfer Stéphane Hessel – Publizistische Tuchföhlung von Delphine Scheel

6-7 SCHWERPUNKTHEMA
Plätze und Freiräume
Güterbahnhof Grunewald – das Kleinod erhalten

8 Vielen Dank für die Blumen...
Eine Seite für alle fleißigen Wahlkämpfer

INFORMATIVE & INTERESSANTE TERMINE

Wer Lust hat mitzudiskutieren oder einfach nur dabei sein möchte, wenn grüne Bezirkspolitik entsteht, der ist herzlich eingeladen, jeden **2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr** an unserer Mitgliederversammlung teilzunehmen.

Nähere Information, sowie Hinweise auf zahlreiche interessante Bezirksaktivitäten der Grünen in Charlottenburg Wilmersdorf können unter <http://gruene-cw.de/termine/> eingesehen werden.

Mehr Demokratie, nicht mehr Währungen

VON OLIVER MÜNCHHOFF

Zehn Jahre seit Einführung des Euro – doch statt das Decennium zu feiern, wie am 1. Januar 2002 zur Einführung des Euro, ist das Geburtstagskind kranklich. Die Suche nach den Urhebern hat schon längst begonnen: Schuld haben gerade deutsche Politiker gerne an die vermeintlich anderen verteilt und im Zweifel Brüssel gegeben. Damit muss es nun vorbei sein, denn Europa scheint im Wanken und das Geburtstagskind am Abgrund zu stehen. Lösung Drachme? Nein – Europa braucht nicht mehr Währungen, Europa braucht mehr Demokratie!

Geburtsfehler der Euphorie?

Haushaltsverbote contra Wirtschaftsgebote

Der Fall des eisernen Vorhangs in Berlin und in ganz in Europa entfachte eine ungeahnte Euphorie. Im Bewusstsein von Krieg, Spaltung und deren nunmehr friedlichen Überwindung sollte das neue Projekt Europa gebaut werden, mit einer Strahlkraft, das eine gesamtgesellschaftliche Vision besitzen sollte. 1992 fand sie eine erste europäische Konkretisierung: Der Maastricht-Vertrag statuierte die Einführung der Gemeinschaftswährung. Mit einem Manko: Während die Geld- und Währungspolitik mit der Einführung des Euro vergemeinschaftet worden ist, verharteten die Wirtschaftspolitiken der Euroländer weitestgehend in nationalstaatlicher Verantwortung. Es stehen wirtschaftliche Koordinierungsgebote haushaltswirtschaftlichen Verboten gegenüber. Und das hat Konsequenzen: Während eine Nettoneuverschuldung von 3 % oder eine Gesamtverschuldung von 60 % des BIP noch fixierbare Größen sind, deren Nichteinhaltung sanktioniert werden kann, ist dies in den Wirtschaftspolitiken mit unverbindlichen Koordinierungsgeboten mitnichten der Fall. Mit Bangen schaut die deutsche Öffentlichkeit auf die nächsten Rentenrunden in Irland oder Portugal. Mit Bangen wird man nach Deutschland blicken, wenn die nächsten Tarifabschlüsse der Maschinenbauindustrie mit geringen Lohnsteigerungen das deutsche Automobil noch konkurrenzfähiger machen. Betrieben wird so eine Politik nationalstaatlich geprägter Egoismen, in der eine gemeinsame Währung nur noch eine hohle Klammer mit Auslaufcharakter sein kann.

Es bedarf einer Überwindung des Denkens in 17 Einzelökonomien der Eurozone: Eine Zukunft kann der Euro in Europa nur dann haben, wenn nicht nur währungspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch in einem gemeinsamen Aggregat Europa gedacht wird.

Leitbild der europäischen Solidarunion

Die europäische Solidarunion stellt eine ausgewogene und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung aller Staaten in den Mittelpunkt mit dem Ziel einer Stabilitätsunion. Hierzu bedarf es Vorgaben: Die bisherige Unverbindlichkeit der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken muss ein Ende finden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung aufgeben, Sanktionen von der Gemeinschaft nicht nur bei übermäßigen Defiziten sondern auch bei Leistungsbilanzüberschüssen verhängen lassen zu können.

Daneben sollte den Mitgliedsstaaten die Einflussmöglichkeit auf die Durchsetzung der Kriterien möglichst entzogen werden. Denn nicht zuletzt Frankreich und Deutschland, im Jahre 2002 mit die ersten Defizitsünder, haben ihr Gewicht geltend gemacht, um die Sanktionskriterien aufzuweichen. Auf europäischer Ebene besteht deshalb von grüner Seite das Ziel, den Finanzkommissar in seinen Kompetenzen zu einem EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen aufzuwerten, der vom Europäischen Parlament gewählt wird.

Mehr Demokratie

Letztlich müssen die europäischen Instanzen demokratisch besser legitimiert werden: Dies kann am ehesten geschehen, indem dem Europäischen Parlament, das nicht den Interessen der Mitgliedstaaten, sondern den Völkern der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten, die es wählen, verpflichtet ist, ein neuer Status eingeräumt wird: Es sollte die EU-Kommission wählen können. Damit ist ein langer Weg von einem Europa der Gemeinschaften zu einem Europa einer Gemeinschaft vorgezeichnet. Über dessen Ergebnisse werden auch die Bürgerinnen und Bürger bei uns angemessen mit zu entscheiden haben, um ein demokratischeres Projekt Europa anzugehen, das dann vielleicht wieder seine einstige Strahlkraft erlangen kann.

Sechs Wahrheiten über die Europäische Schuldenkrise in 2012

VON LISA PAUS, MDB



Deutschland geht es gut. Unterm Weihnachtsbaum war für die meisten keine Krise zu spüren. Sogar vom Arbeitsmarkt gibt es gute Nachrichten. Also 2012 endlich das Ende der Krise? Leider nicht. Einige nüchterne Fakten:

1.

Die Krise in Euroland ist nicht vorbei, 2012 kann werden wie 2008.

Dafür gibt es mindestens einen sicheren Grund: Italien muss dieses Jahr Staatsanleihen in Höhe von 357 Mrd. Euro (22 % des BIP) neu platzieren, weil alte in der Höhe auslaufen. Schon jetzt gelingt Italien dies nur für einen Zinssatz von 7%. Und das, obwohl die Europäische Zentralbank weiter laufend Staatsanleihen ankauft und inzwischen Monti und nicht Berlusconi Italien regiert. Gleichzeitig ist klar, der Rettungsschirm EFSF wird auch mit der sog. Hebelung zu klein sein, um Italien vor diesen immensen Zinsen für Staatsanleihen zu bewahren.

Zweitens erleben die Banken zur Zeit eine Vertrauenskrise, die inzwischen stärker ist als nach der Lehman-Pleite. Kaum eine Bank ist noch bereit, einer anderen Geld zu leihen. Diese wichtige Grundlage für eine Kreditversorgung auch der Unternehmen steht still. Als Fieberkurve dafür gilt, wieviel Geld Banken bei der EZB über Nacht parken statt sich gegenseitig zu leihen. Diese Einlagen stiegen inzwischen von 280 Mrd. auf dem Höhepunkt der Krise 2008 zur Lehman Pleite auf 446 aktuell.

Auch die bisher größte Liquiditätsspritze der EZB für Banken (ein 3-Jahres Tender zu 1,0% in Höhe von 489 Mrd.) kurz vor Weihnachten konnte den sog. Interbankenmarkt nicht wieder beleben.

Schliesslich ist die Schuldenschnittvereinbarung und die Umsetzung des Rettungspaketes für Griechenland in vielen Punkten immer noch offen.

Lisa Paus ist Mitglied im Europaausschuss und Obfrau des Finanzausschusses.

Mehr Informationen:
www.lisa-paus.de

BILDQUELLEN: V. YAKOBCHUK / FOTOLIA.COM – K.-U. HÄSSLER / FOTOLIA – MONTAGE: MATTHIAS REICH

2.

Wir haben eine ungelöste allgemeine Schuldenkrise, keine reine Staatschuldenkrise.

Nicht nur die Staaten haben zu viel Schulden, auch die Banken sind unterkapitalisiert. Die Deutsche Bank hat unter 2% Eigenkapital, der Rest ist geliehenes Geld. Nicht staatliche Misswirtschaft, sondern eine hohe private Verschuldung und Immobilienkrise waren es, die Spanien mit 61% Staatsverschuldung viel tiefer in die Krise stürzten als Deutschland mit 83% Schuldenstandsquote. Staatliche Schuldenbremsen allein greifen deshalb zu kurz. Das Mantra von schwarz-gelb, es handele sich allein und ausschliesslich um eine „Staatschuldenkrise“ entpuppt sich immer offensichtlicher als ein Ablenkungsmanöver.

3.

Der Beschluss zur Einführung von Schuldenbremsen in ganz Euroland sind kein großer Durchbruch, sondern der Weg in die Rezession.

Italien hat eine Schuldenbremse mit überwältigender Mehrheit beschlossen, eine neue Regierung aber muss immer noch 7% Zinsen zahlen. Gleichzeitiges Sparen für alle vorzuschreiben bedeutet ein Wegbrechen der Nachfrage. Zusammen mit der beschlossenen Rekapitalisierung von Banken in Eigenverantwortung, die eine geringere Kreditversorgung der Realwirtschaft bedeutet, führt das in die Rezession. So wachsen die Schulden schneller als das BIP.

4.

Altschulden-Tilgungsfonds als Element einer Lösung.

Die Wirtschaftsweisen schlagen einen Altschulden-Tilgungsfonds für Europa vor. Er könnte durch einen glaubwürdigen Schuldenabbaupfad zur Lösung führen. Bestimmte Steuereinnahmen, z. B. aus der Mehrwertsteuer, werden dabei verbindlich für Schuldenabbau reserviert. 25 Jahre sind eine realistische Perspektive für Herkulesaufgaben. Italien muss von jetzt 120% Verschuldung auf 60% Maastricht-Kriterium. Das geht nicht bis morgen und schon gar nicht bei 7% Zinsen für Staatsanleihen,

die an Banken gezahlt werden müssen, die sich das Geld für 1,0% bei der EZB leihen können. Der Fonds könnte die Zinsen durch gemeinschaftliche Garantie dagegen auf bezahlbares Maß senken. So entstünden de-facto-Eurobonds, auch als neue Grundlage für Vertrauen zwischen den Banken. Weil der Fonds sich langfristig auflöst, ist diese Garantie verfassungskonform begrenzt. Davon profitieren darf außerdem nur, wer sich ans Sparen hält.

5.

Konsolidierung durch weniger Ausgaben und mehr Einnahmen.

Kürzen und Streichen sind aber nicht der einzige Weg zur Konsolidierung. Des einen Schulden sind des anderen Vermögen. Zwei Billionen deutscher Staatsverschuldung stehen fünf Billionen privates Vermögen gegenüber (ohne weitere acht Billionen Sachwerte). Eine ausgewogene europäische Lösung muss Integrationsschritte zur Verhinderung von Steuerflucht und -hinterziehung enthalten. Europäische Vermögensabgaben müssen ermöglichen, neben dem nötigen Sparen auch in den sozial-ökologischen Wandel zu investieren.

6.

Keine Lösung der Krise ohne Regulierung für die Finanzmärkte.

Die Bundesregierung verdrängt die Exzesse der Finanzmärkte nicht nur in ihrer Analyse, sie hat es auch bis heute versäumt, die nötigen Regulierungen umzusetzen. Noch immer gibt es z.B. keinerlei Regulierung für Kreditausfallversicherungen (CDS). Dabei verketteten sie ohnehin zu große („too big to fail“) Banken so, dass diese damit ihre staatliche Rettung erzwingen können.

Alles wäre einfacher, wenn es längst klare und höhere gesetzliche Bremsen (sog. Leverage ratios) gegen zu wenig Eigenkapital bzw. zu viel Verschuldung (Fremdkapital) von Banken gäbe. Banken, die sich mit Hochrisikogeschäften verspekuliert haben, könnten unschädlich in Insolvenz gehen, wenn Investmentbanking und realwirtschaftliches Kreditgeschäft bereits ordentlich getrennt wären. Spätestens nach einer Beruhigung durch sichere Gemeinschaftsanleihen des Altschulden-Tilgungsfonds müssen diese Maßnahmen endlich umgesetzt werden.

Mit einer Finanztransaktionssteuer (FTS) können nicht nur Finanzierungsbeiträge der Banken für ihre Krise erbracht werden, sondern auch doppelte Lenkungswirkungen erzielt werden. Erstens kann eine gut strukturierte FTS gerade die besonders risikoreichen Derivate besonders verteuern. Zweitens können Investitionen von bodenloser Spekulation so zurück in die Realwirtschaft gelenkt werden. Noch macht das Kreditgeschäft für Privatpersonen und Unternehmen 5% der Deutsche-Bank-Bilanz aus, spekulativere Geschäfte 95%.

Fazit: Grüne werden dringender denn je gebraucht.

Wir müssen der ideologischen Verengung von Schwarz-Gelb nachhaltige Konzepte entgegensetzen. Analyse und Lösung müssen aus unserer Perspektive überzeugter EuropäerInnen entwickelt sein. Nachhaltige Lösungen sind nur mit tieferer Integration möglich. Ein gestärktes Europaparlament könnte am besten Bürgerinnen und Bürger anstatt Hinterzimmerunden entscheiden lassen. Dafür braucht es einen breiten Konvent für die Änderung der europäischen Verträge und eine Änderung des Grundgesetzes. Die Grünen Bundestags- und Europafractionen veranstalten deshalb einen **Grünen Konvent**. Dazu seid Ihr herzlich eingeladen: **am 24. Februar, 9-16 Uhr in Berlin.**

Blick zurück nach vorn

VON MATTHIAS REICH

Kann ein Wahlsieg eine „gefühlte Niederlage“ sein? Mit einem Plus von 4,5% hatten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Abgeordnetenhauswahl ein Rekordergebnis: 17,6%. Dennoch: keine Regierungsbeteiligung, wieder nur Opposition. Und dann auch noch die Querelen in der Abgeordnetenhausfraktion. Differenzen wurden deutlich, die, sieht man genauer hin, auch eine Chance für die Grünen bieten, für eine Stadt der Gegensätze ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln, ohne dabei die Besonderheiten der Milieus zu vernachlässigen.

Rot-Grün war möglich!

Woran hat es gelegen? „Wir haben uns von Umfragen besoffen machen lassen und vergessen, das politische Handwerkszeug anzuwenden“, so ein Grünen-Mitglied aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Ausgehend von prächtigen Wahlprognosen, erstmals mit dem hohen Anspruch, stärkste Partei werden zu wollen, und mit eigener Spitzenkandidatin lieferte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen hochmotivierten Wahlkampf. Da aber drehte sich der Wind. Die Prognosen änderten sich. Wie reagieren? Es folgte das Missverständnis zu Tempo 30. Immer wieder Klarstellen an den Wahlkampfständen. Und schließlich: Ordnet sich ein Klaus Wowereit jemals einer Renate Künast unter? Was, wenn wir nicht stärkste Partei werden? Wenn Rot-Grün nicht zu Stande kommt, koalieren wir Grüne dann mit der CDU? Hier blieben wir den WählerInnen rechtzeitige klare Antworten schuldig. Dies kostete Vertrauen.

Am Ende aber lieferten wir die Stimmen, um auf Landesebene das von uns und den BürgerInnen ersehnte rot-grüne Bündnis schmieden zu können. Auch dies war unser Erfolg; die SPD dagegen verlor an Stimmen. Rot-Grün war möglich.

Letztlich aber wollte Klaus Wowereit diese Koalition nicht; er suchte nach einem Rückzieher, den andere verantworten sollten. Unser Beharren darauf, dass der Ausbau der A100 unsinnig ist und nicht mehr in die heutige Zeit passt, wurde zwar von unseren WählerInnen gut geheißen, für Klaus Wowereit aber war es die gesuchte Steilvorlage. Die Verhandlungen platzten.

Ist man ab 30% moderne Großstadtpartei?

Ja, es gab Fehler. Diese einvernehmlich zu diskutieren stand nun an. Stattdessen brachen alte politische Differenzen in der Fraktion auf und wurden öffentlich zelebriert. Dies war so nicht OK. Für dieses Schauspiel hatten uns die WählerInnen nicht gewählt.

Inzwischen ist eine Lösung gefunden und ein Fraktionsvorstand für ein Jahr gewählt worden – man arbeitet wieder zusammen; in einem Jahr wird man klüger sein (müssen).

Die Oppositionsarbeit gegen Rot-Schwarz hat begonnen, in Fraktion und Partei. Sie wird andere Formen haben als bisher. Das sind wir unseren WählerInnen schuldig. Dabei müssen wir uns veränderten Erwartungen stellen. Waren früher Grüne die Außenseiter, so ist nun die Mitte der Gesellschaft selber grün. Zu dieser Veränderung haben wir viel beigetragen; jetzt stellt sie auch an uns neue Forderungen. Bürger sind selbstbewusster, fordern mehr Mitsprache und Transparenz und haben neue Erwartungen in die Demokra-



tieffähigkeit der Parteien.

Wie reagieren wir darauf?

Was ist eine moderne Großstadtpartei? Eine, die 30%-Werte in ihren Umfragen hat? Wie stellen wir uns den Entwicklungen? Welche neuen Kommunikations- und Organisationsformen müssen wir schaffen? Wie schärfen wir gemeinsam unser Gesamtkonzept für Berlin?

Stärke gewinnen aus der Vielfalt – in Gemeinsamkeit sich neu erfinden

Der Flügelstreit der Grünen spiegelt die für Berlin typische Widersprüchlichkeit wieder. Wilmersdorf tickt anders als



QUELLEN: SENILM / SPD
BERLIN / GRÜNE BERLIN –
MONTAGE: MATTHIAS REICH

Marzahn oder Friedrichshain. Grüne Strömungen stehen für die unterschiedlichen Milieus der Stadt und suchen vor Ort adäquate politische Antworten und Politikformen.

Berlin braucht aber auch übergreifende Konzepte und Anstrengungen, in denen Teilinteressen zurücktreten. Nicht anders die Grünen: Ihre Stärke liegt in der Vielfalt ihrer bezirkstypischen Politikstile. Dennoch müssen alle Gruppierungen gemeinsam ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Stadt erarbeiten und es nach außen vermitteln. Schaffen wir Grüne diesen Spagat, so sind wir als Volkspartei angekommen, aber wieder „anders als die anderen“.

„Eine Stadt für alle“ ist dann nicht nur Summe von Einzelforderungen, sondern ein Programm, das die Interessen und Bedürfnisse der Milieus und Stadtteile in eine übergeordnete Leitlinie für die Stadt als Ganzes einbindet: Berlin – die sozial-ökologische Modellstadt: Das heißt: Berlin ökologisch erneuern, dabei den sozialen Zusammenhalt der Stadt und ihrer Teile stärken, Verdrängung entgegenreten, Chancengleichheit für alle schaffen und in diesem Politikrahmen die wirtschaftlichen Potentiale der Stadt entfalten.

Berlin braucht eine starke grüne Partei. Nicht nur in der Opposition. Es geht jetzt darum, dass sich die Strömungen der Partei in gegenseitigem Respekt zusammenfinden, Strukturen und Aktionsformen überdenken und programmatisch das überzeugende politische Konzept für

Berlin darlegen und vermitteln. Dann ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereit für das Regieren in einer der faszinierendsten Städte der Welt.

Rot-grün! Wir haben es in Charlottenburg-Wilmersdorf geschafft

VON DR. PETRA VANDREY

In Charlottenburg – Wilmersdorf ist gelungen, was auf Landesebene gründlich schief gegangen ist. Unser Bezirk ist rot-grün.

Am 21. Oktober beschlossen die Parteigremien von SPD und Grünen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erneut zusammen zu arbeiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlossen mit der SPD eine Zählgemeinschaftvereinbarung, die kommunalpolitische Schwerpunkte beider Parteien und gemeinsame Vorhaben beinhaltet. Die Zählgemeinschaft soll als Grundlage für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bezirk dienen.

Rund einen Monat nach der Wahl des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlung wurde die Zählgemeinschaftvereinbarung zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Charlottenburg-Wilmersdorf geschlossen. Vorausgegangen waren der Unterzeichnung der Vereinbarung Verhandlungen beider Parteien. Die Kreisverbände der Parteien entsandten mehrköpfige Verhandlungskommissionen, die sich an einen Tisch setzten und die Vereinbarung aushandelten. Nach einer freundlichen, jedoch recht kurzen Sondierungsphase mit der CDU stand für die grüne Kommission schnell fest, dass der „alte Partner“ aus der letzten Wahlperiode auch der „neue Partner“ sein sollte. So wurden die Verhandlungen ausschließlich mit der SPD geführt, wobei die Gespräche konstruktiv und vertrauensvoll abliefen.

Grüne Schwerpunkte im Bezirk

Auch als während der Verhandlungen auf Bezirksebene die Nachricht vom Scheitern der rot-grünen Koalitionsgespräche auf Landes-

ebene laut wurde, strickten SPD und Grüne im Wilmersdorfer Rathaus weiter an gemeinsamen Vereinbarung. Eine gute Zusammenarbeit anzustreben, aber das eigene Parteiprofil nicht zu verlieren, war das Ziel. Verschiedene Untergruppen, so zu den Themen Bau/Stadtplanung, Haushalt sowie Schule und Kultur fanden sich zusammen. Grüne Schwerpunkte konnten hierbei gesetzt werden. Herausgekommen ist eine Vereinbarung, die sich sehen lassen kann. Neben inhaltlicher Programmatik sind zahlreiche konkrete Sachthemen genannt, die in den nächsten fünf Jahren in Angriff genommen bzw. weiterverfolgt werden sollen. Daneben haben wir auch klare Strukturen für die rot-grüne Zusammenarbeit festgelegt. Sinn hiervon ist, uns gegenseitig rechtzeitig über Ideen und Anträge des Zählgemeinschaftspartners zu informieren, um gemeinsam handeln zu können.

Elfi Jantzen „macht Schule“ – und Umwelt

Auch Ressortzuschnitte und Personalfragen waren Thema bei den Gesprächen mit der SPD. Schließlich realisiert sich Politik auch auf kommunaler Ebene durch Personen. Von den fünf Stadtratplätzen im Bezirksamt konnten die Grünen einen besetzen, SPD und CDU jeweils zwei. Die grüne Spitzenkandidatin Elfi Jantzen, ausgewiesene Fachpolitikerin im Bereich Schule und Familie, erhielt das Schulressort, ergänzt um das Umweltamt. Sie wird jetzt die Bereiche Jugend, Familie, Schule, Sport und Umwelt verantworten. Ihr Ziel ist es, gemeinsam mit der Fraktion ein familienfreundliches Charlottenburg - Wilmersdorf zu gestalten, Familienzentren zu schaffen und den Jugend- und Bildungsbereich zu

stärken. Der Campus Charlottenburg als Wissenschaftsstandort soll gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichten auf Bezirksebene 23,9 Prozent der Stimmen und stellen somit vierzehn Bezirksverordnete – vier mehr als bei der letzten Wahlperiode – und eine grüne Stadtrat-Stelle. Doch konnte das ebenfalls wichtige Bauressort von der rot-grünen Zählgemeinschaft übernommen werden. Nachdem das Bauressort jahrelang in Händen der CDU lag, besetzte die SPD es jetzt mit Marc Schulte – eine Wahl, die auf eine gute rot-grüne Zusammenarbeit im wichtigen Bereich Bau und Stadtentwicklung hoffen lässt. Als Bezirksbürgermeister zog jetzt Reinhard Naumann, SPD, in das Rathaus ein, er kennt es als jahrelanger Schulstadtrat gut. Gewählt mit den Stimmen der rot-grünen Zählgemeinschaft freut er sich auf sein neues Amt.

Theorie und Praxis

Nun geht es an die Umsetzung der Vereinbarung in die Realität der alltäglichen Kommunalpolitik. Erst hierbei wird sich zeigen, ob sich die Zählgemeinschaftvereinbarung auch in der Praxis bewährt. Schwerpunkte grüner Kommunalpolitik sind der Einstieg in eine ökologische und soziale Stadtentwicklung, die Stärkung der City-West als Wohngebiet und die Entwicklung eines bezirklichen Verkehrskonzeptes. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten den Prozess des Bürgerhaushalts mit Kiezkonferenzen fortsetzen. BürgerInnen sollen an bezirklichen Entscheidungen frühzeitig und verbindlich beteiligt werden. Grüne Politik soll im Bezirk noch sichtbarer werden als bisher.



Na bitte, geht doch! – Rot-grün in Charlottenburg-Wilmersdorf lässt die Laken flattern

QUELLE: KLAUS HARTMANN /
BA CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF /
MONTAGE: MATTHIAS REICH

Es grünt so grün

in Charlottenburg-Wilmersdorf

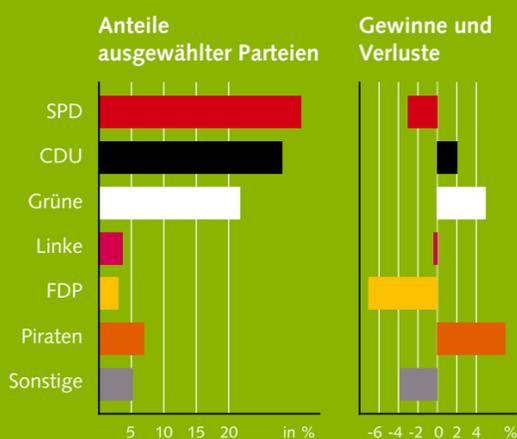
Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich bei den Wahlen im September 2011 wieder als grüne Hochburg erwiesen. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus konnten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den Zweitstimmen 21,7% holen (zum Vergleich: 17,6% auf Landesebene). Auch der Zugewinn zu den letzten Wahlen fiel im Bezirk mit +5,3% deutlich höher aus als auf Landesebene.

Fast hätte es die erste grüne Direktkandidatin in Charlottenburg-Wilmersdorf gegeben: Nicole Ludwig im Wahlkreis 3 (Schloßstraße bis Adenauerplatz) fehlten nur noch ganze 479 Stimmen! Nicole ist aber dennoch ins Abgeordnetenhaus eingezogen, und zwar über die Landesliste. Sie ist dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Ebenso über die Landesliste zieht Jochen Esser (WK 5, Halensee und Grunewald) wieder ins Landesparlament ein. Er ist dort Sprecher der Grünen für Finanzen.

Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erhielten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sogar 23,9%, also noch einmal mehr; das ist ein Zugewinn von sage und schreibe 6,3% zu den letzten Wahlen. In der BVV ist die Partei nun mit 14 Bezirksverordneten vertreten und bildet mit den Sozialdemokraten eine Zählgemeinschaft.

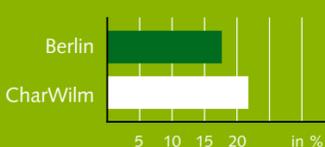
Hier noch einmal ein dickes Dankeschön an alle unsere Wählerinnen und Wähler!

Zweitstimmen Charlottenburg-Wilmersdorf bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011



Stimmenergebnisse von Bündnis 90 / Die Grünen Wahlen 2011

Zweitstimmen | Abgeordnetenhaus



Gewinne Zweitstimmen | Abgeordnetenhaus



Elfi Jantzen für Jugend, Familie, Schule, Sport und Umwelt

Am 27. Oktober 2011 wurde Elfi Jantzen zur Stadträtin für Jugend, Familie, Schule und Sport und Umwelt gewählt. In unserem Interview gibt sie Auskunft über ihre Ziele und Pläne und einen kleinen Einblick in ihren Arbeitsalltag. Michaela Groß sprach mit Elfi Jantzen.



Elfi Jantzen –
Bezirksstadträtin für
Jugend, Familie, Schule,
Sport und Umwelt

Kontakt:
elfi.jantzen@gruene-cw.de
www.elfi-jantzen.de

Als langjährige Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Abgeordnetenhaus bewegen Sie sich in den Bereichen Jugend, Familie und Schule auf vertrautem Terrain. Wo werden Sie hier Ihre Schwerpunkte setzen?

Besonders wichtig ist mir, den Bezirk kinder- und familienfreundlich zu gestalten. Hierzu gibt es aus der Amtszeit meines Vorgängers Reinhard Naumann einen ersten Entwurf der „Leitlinien für ein familienfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf“. Da geht es z.B. um gute Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen, aber auch um familiengerechtes Wohnen und ausreichend Spiel- und Bewegungsräume und sichere Schulwege. Kinder- und Familienfreundlichkeit lässt sich nicht verordnen, sie muss von den politisch Verantwortlichen, den MitarbeiterInnen in allen Ämtern und den BürgerInnen gewollt und mitgetragen werden. Dafür möchte ich werben und zur Mitarbeit bei der Umsetzung anregen.

Im Abgeordnetenhaus haben Sie sich bereits für Kinderrechte und eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik eingesetzt. Werden Sie dies als Stadträtin weiter verfolgen?

Aber sicher. Mit dem Kinder- und Jugendparlament haben wir im Bezirk einen wichtigen Baustein. Die jungen ParlamentarierInnen sind hochmotiviert und ich möchte ihre Arbeit gerne unterstützen und für frühzeitige Information und Beteiligung durch das Bezirksamt sorgen. Das gilt vor allem auch für Planungen im Bereich Stadtentwicklung und Verkehr. Wichtig ist mir aber auch, dass die Kinder und Jugendlichen sich an der Gestaltung ihrer Lebenswelt – in der Familie, den Kitas und Schulen – stärker beteiligen können.

Als Grünenpolitikerin ist Ihnen das Thema Umwelt an sich bestimmt alles andere als fremd. Dennoch ist es für Sie ein neues Ressort. Was lässt sich beim Thema ‚Umwelt‘ auf Bezirksebene bewegen?

Hier erwartete mich in meinen ersten Amtstagen eine schöne Aufgabe: Ich habe mit „Energienachbarschaften“ also NachbarInnen, Freundinnen oder ArbeitskollegenInnen, die von Dezember 2011 bis März 2012 ihren Stromverbrauch um 9 % senken wollen, gewettet, dass sie das nicht schaffen. Natürlich drücke ich die Daumen, dass es klappt, und wir damit als Bezirk einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Daneben gibt es das Projekt Ökokiez 2020. Hier wurden für den Klausenerplatz-Kiez Vorschläge zum Energiesparen erarbeitet, von denen einige jetzt umgesetzt werden sollen. Zur Unterstützung werden wir eine/n KlimamanagerIn beantragen und später dann erfolgreiche Maßnahmen auch in anderen Ortsteilen umsetzen.

Welchen Spielraum bzw. welche Möglichkeiten hat man als Stadträtin, um Ziele in die Tat umzusetzen?

Der Spielraum ist relativ eng, weil es haushalts- und personalrechtlich starke Einschränkungen gibt. Man muss also vor allem die Möglichkeiten nutzen, bestehende Einrichtungen besser zu vernetzen, z.B. die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Wichtig ist auch, mit Beteiligten gemeinsam zu überlegen, wie wir die Angebote für

die BürgerInnen aufrechterhalten oder gar verbessern können. Ich denke hier z.B. an die Unterhaltung der Sportanlagen. Viele Vereine sind bereit, sich an der Pflege des Rahmengrüns zu beteiligen. Dafür müssen aber klare Verabredungen getroffen werden, was die Vereine selber tun können und was der Bezirk leisten muss. Von der in meiner Abteilung gebündelten Zuständigkeit verspreche ich mir eine Reihe für uns alle im Bezirk nützlicher Synergieeffekte.

Last but not least: Wie sieht eigentlich der Arbeitsalltag einer frischgebackenen Stadträtin aus?

Zunächst mal hat mich mein Vorgänger über die laufenden Aufgaben und Vorgänge informiert. Was sich im Einzelnen dahinter verbirgt, erschloss und erschließt sich mir nach und nach. Gewohnt, als Abgeordnete eher eigenständig zu arbeiten und fast alles selbst zu tun, musste ich mich daran gewöhnen, Arbeitsaufträge zu erteilen und von den MitarbeiterInnen Vorlagen zur Entscheidung zu bekommen. Es gibt viele Sitzungen z.B. des Bezirksamts und mit den Amtsleitungen, StadträtInnenrunden mit den Senatsverwaltungen, Absprachen mit der regionalen Schulaufsicht und die Ausschüsse der BVV. Die acht Wochen im Amt kommen mir wegen der vielen Aufgaben und zu verarbeitenden Informationen viel länger vor. Die Arbeit ist anstrengend, macht aber auch Spaß.

Wahlen zum Abgeordnetenhaus – Ergebnisse von Bündnis 90 / Die Grünen im Vergleich

Gebiete / Wahlkreise (WK)	Unsere KandidatInnen in den Wahlkreisen	Anteil Stimmen	Differenz zu 2006
Zweitstimmen			
in Berlin	wählten Grün	17,6%	+4,5%
in Charlottenburg-Wilmersdorf	wählten Grün	21,7%	+5,3%
Erststimmen Charlottenburg-Wilmersdorf			
im WK 1 (Charlottenburg Nord)	wählten Sehernaz Jähnel	21,1%	+8,0%
im WK 2 (Westend)	wählten Dr. Bert Lehmann	21,0%	+8,0%
im WK 3 (Schloßstraße bis Adenauerplatz)	wählten Nicole Ludwig	30,9%	+5,7%
im WK 4 (City West)	wählten Sybille Centgraf	27,6%	+7,3%
im WK 5 (Grunewald und Halensee)	wählten Jochen Esser	16,2%	+7,7%
im WK 6 (Alt-Wilmersdorf)	wählten Alexander Kaas Elias	27,5%	+9,5%
im WK 7 (Rüdesheimer Platz / Schmargendorf)	wählten Roland Prejawa	22,8%	+7,6%

Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung in Charlottenburg-Wilmersdorf

	Wahlen 2011		Differenz zu 2006
	Absolut	in %	in %
SPD	41.205	28,8	-5,1
CDU	43.048	30,1	2,0
GRÜNE	34.099	23,9	6,3
DIE LINKE	4.874	3,4	-0,1
FDP	3.865	2,7	-6,8
PIRATEN	10.255	7,2	7,2

Sitzverteilung im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf



Volker Heise

STADTENTWICKLUNGS-
POLITISCHER SPRECHER

» Experimentellen
Wohnungsbau und
mittelständisches Gewerbe
fördern

AUSSCHÜSSE: Rechnungsprüfung,
Tiefbau und Grünflächen (Vorsitz),
Stadtentwicklung, Bürgerdienste,
Liegenschaften und IT
KONTAKT:
volker-heise@gmx.de
Telefon:
(030) 30 36 25 70

Ansgar Gusy

SPRECHER FÜR LIEGENSCHAFTEN
UND BÜRGERBETEILIGUNG

» Mehr Bürgerbeteiligung
und effizienterer Umgang mit
Immobilien

AUSSCHÜSSE: Ältestenrat, Tiefbau
und Grünflächen, Stadtentwicklung,
Bürgerdienste, Liegenschaften und IT,
Geschäftsordnung
KONTAKT: fraktion@gruene-cw.de
Telefon: (030) 90291-49 08



Martin Grigat

SPRECHER FÜR KULTUR UND
WEITERBILDUNG

» Kinder fördern und schützen

AUSSCHÜSSE: Weiterbildung und
Kultur, Schule
KONTAKT: martingrigat@t-online.de



Susan Drews

SPRECHERIN FÜR UMWELT
UND NATURSCHUTZ

» Geschichte „lauschen“

AUSSCHÜSSE: Arbeit, Gesundheit und
Soziales, Naturschutz und Umwelt
KONTAKT:
susan.drews@gruene-cw.berlin.de
Telefon: 0176 / 51 39 51 53



Kontakt zur Fraktion

Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin

Fraktionsgeschäftsführer:
Ansgar Gusy

Telefon
(030) 9029-1 49 08
Fax (030) 9029-1 49 14
fraktion@gruene-cw.de

Öffnungszeiten:

montags und
dienstags
von 14-16 Uhr
donnerstags
von 12-14 Uhr



Dagmar Kempf

STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-
VORSITZENDE, HAUSHALTS-
POLITISCHE SPRECHERIN

» Kultur zuerst – ein Labor für
neue Ideen und Möglichkeiten

AUSSCHÜSSE: Haushalt, Personal und
Wirtschaftsförderung, Weiterbildung
und Kultur, Wirtschaft, Ordnung,
Verkehr
KONTAKT:
Dagmar.Kempf@gruene-cw.de



Alexander Kaas Elias

FRAKTIONSVORSITZENDER,
SPRECHER FÜR SOZIALES UND ARBEIT

» Soziale Projekte erhalten

AUSSCHÜSSE: Rechnungsprüfung, Bürger-
dienste, Liegenschaften und IT, Soziales,
Gesundheit und Arbeit
KONTAKT:
alexander.kaaselias@gruene-berlin.de
Telefon: 0163 / 4 96 89 75



Jenny Wieland

SPRECHERIN FÜR BAUEN
UND GRÜNFLÄCHEN

» Stadt gestalten mit
Sinn und Verstand

AUSSCHÜSSE:
Stadtentwicklung, Tiefbau
und Grünflächen, Umwelt
und Naturschutz (Vorsitz)
KONTAKT:
jenny.wieland@
gruene-cw.de



Kontakt zur Partei

Kreisverband
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Charlottenburg-
Wilmersdorf

Rathaus Wilmersdorf
Raum 3073b
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin

Kreisgeschäftsführerin:
Kirstin Bauch

Telefon (030) 8642-3300
Fax (030) 8639-7865
E-Mail: KV@gruene-cw.de

Zitha Poethe

» Öffnung der Universitäten
in den Bezirk

AUSSCHÜSSE: Weiterbildung und Kultur
KONTAKT: zitha.poethe@gruene-cw.de



Linda Schwarz

SPRECHERIN FÜR KINDER- UND JUGEND-
POLITIK, SCHRIFTFÜHRERIN DER BVV

» Auf die Plätze, fertig, los!

AUSSCHÜSSE: Sport, Gender Mainstreaming
KONTAKT: linda.schwarz@gruene-cw.de



Christoph Wapler

SPRECHER FÜR WIRTSCHAFT
UND ORDNUNG

» Wirtschaftskraft stärken

AUSSCHÜSSE:
Haushalt, Personal und Wirt-
schaftsförderung, Eingaben und
Beschwerden, Wirtschaft, Ord-
nung, Verkehr, Geschäftsordnung
KONTAKT:
christoph.wapler@gruene-cw.de



Roland Prejawa

STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVOR-
SITZENDER, VERKEHRS-
POLITISCHER SPRECHER

» Das Fahrrad als gleichwer-
tiges Beförderungsmittel

AUSSCHÜSSE: Wirtschaft, Ordnung,
Verkehr (Vorsitz), Gender Mainstreaming
Integration
KONTAKT:
roland.prejawa@gruene-cw.de



Nadia Rouhani

SPRECHERIN FÜR
INTEGRATION

» Grüne Kommunalpolitik:
Bürgernah und dialogfreudig

AUSSCHÜSSE: Ältestenrat, Schule,
Jugendhilfe, Integration (Vorsitz)
KONTAKT:
nadia.rouhani@gruene-cw.de



Sascha Taschenberger

SPRECHER FÜR JUGENDHILFE UND SPORT

» Soziale Grüne Politik wird in unserem
Bezirk noch sichtbarer werden!

AUSSCHÜSSE: Soziales, Gesundheit und Arbeit,
Sport, Jugendhilfe
KONTAKT:
sascha.taschenberger@gruene-cw.de



Dr. Petra Vandrey

FRAKTIONSVORSITZENDE UND
SCHULPOLITISCHE SPRECHERIN

» Schulen vernetzen

AUSSCHÜSSE: Schule, Ältestenrat,
Haushalt, Personal und Wirtschafts-
förderung
KONTAKT:
petra.vandrey@gruene-cw.de

14 Grüne in der BVV – grüne Ideen für Charlottenburg- Wilmersdorf

„Das Unerträgliche bekämpfen“ – Zivilcourage zeigen –

Eine politisch-publizistische Tuchfühlung mit einem Weltbürger aus Berlin: Stéphane Hessel

VON DELPHINE SCHEEL

„Indignez Vous“ – „Empört Euch“ heißt eine kleine Streitschrift aus dem Jahre 2010, mit der Stéphane Hessel ein Feuer entfachte: Gerade schien das Finanzsystem noch mal mit einem blauen Auge davongekommen zu sein, da zog Hessel schon ein Fazit: **Ausgrenzung und soziale Ungerechtigkeit erzeugen ein Gesellschaftssystem, das allein nach denen dient, die die Fäden des ungezügelter Finanzkapitalismus in den Händen halten.**

Und Hessel legte im Januar 2011 nach. Denn ein Empören allein mag zwar ein Verstehen erzeugen, aber noch kein Handeln. „Engagiert Euch“ ist so der fast schon zwingende Titel des zweiten kleinen Heftchens von 54 Seiten, mit dem der 92jährige Überlebende zweier Konzentrationslager des Nazi-Regimes, Kämpfer in der Résistance und Mitverfasser der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 zum zivilen Widerstand aufruft. Ein cursorischer Überblick.

Werte auf die Straßen und Plätze

Auch wenn die Résistance historisch einmalig bleibt, so sind für Hessel die damals erarbeiteten geistigen Werte aktuell geblieben, wie er es im ersten Kapitel „Widerstand heute“ beschreibt: „Ein entschiedenes Nein zum Diktat von Geld und Profit und zum Wirtschaftsfeudalismus (...), und ein entschiedenes Ja für eine wirklich unabhängige Presse und für umfassende soziale Sicherheit.“ Dass Vieles von dem heute als ernsthaft gefährdet erscheint, sieht er als äußerte Bedrohung für die zivile Gesellschaft.

Er ermutigt zu der Vision einer

gerechten Gesellschaft und dafür aktiv zu werden, egal wie schwierig es erscheint. Gerade die oftmals desorientierte Jugend muss sich engagieren, um ihre Gesellschaft im Kampf gegen blockierende Strukturen und Institutionen selbst zu gestalten.

Der unbändige Humanist Hessel glaubt an die Wunder und Umschwünge menschlicher Gesellschaften, so wie er es selbst erlebt hat. „Seid mutig, scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten können überwunden werden. Deshalb tut was“. Das blieb nicht ungehört.

In Spanien brach im Mai 2011 ein Proteststurm los. Eine neue Jugendbewegung, gebeutelt von Arbeitslosigkeit und einem Ohnmachtsgefühl gegenüber einem unfähigen Staat, der allein den Finanzmärkten zu dienen schien, engagierte sich: Die Indignados (Die Empörten) legten den Startschuss für ein globales Aufbegehren. Die weltweite Occupy-Bewegung und nicht zuletzt die Demonstrationen in Deutschland unter dem Slogan „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ finden gerade auch in Hessel einen geistigen Spiritus Rektor und in den Indignados ein Vorbild, den Protest auf die Strasse zu bringen. Dezentral, basisdemokratisch und getrieben von einem entschiedenen JA zur Teilhabe. Zivilcourage und Zivilengagement treten in den Focus und erzeugen die Hoffnung auf eine bessere, lebenswerte Zukunft – nicht zuletzt auch in Nordafrika.

Widerstand im System

Die soziale Ungleichheit im Wirtschaftsleben in einer Welt, die zusammengewachsen ist, hält Hessel für den größten Skandal. Es gilt für alle – für jeden an seinem gesellschaftlichen Platz, beruflich und privat, etwas gegen miterlebte Ungerechtigkeit zu tun: „Wenn ich auf

jemanden treffe, der gerade seine Stelle verloren hat, während

seine Firma munter weiter kassiert. Was wird da von mir gebraucht? Zur Stelle sein mit Worten und Taten mit Herz und Verstand. Dem Betroffenen Unterstützung gewähren. So kann die Kluft zwischen sehr reich und sehr arm, die meine Empörung geweckt hat, zu konkretem Handeln führen.“

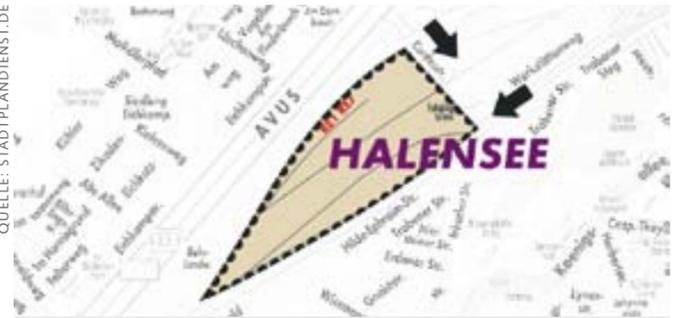
Widerstand bedeutet für Hessel: „nachdenken, publizieren, Politiker wählen, die hoffentlich das Richtige tun werden – kurz, sehr langfristig planen und handeln.“ Damit unterscheidet sich Hessels Widerstands-Statement von den Leitlinien der Occupy Bewegung. Sie geht dabei einen radikaleren Weg und lehnt die Einbindung in politisch vorhandene Systeme ab. David Graeber, Anthropologe und Antiglobalisierungsdenker wirbt in seinem Buch „Direct Action“ für Selbstorganisation und Demokratie ohne Regierungen. Und Naomi Klein, deren Bücher „No Logo“ (1999) und „Die Schock-Doktrin: Der Aufstieg des Disaster-Kapitalismus“ (2007) zur Inspirationsquelle der OW (occupy Wallstreet) – Bewegung wurden, trägt in New York am liebsten ein Plakat mit dem Slogan: „I care about you“.

Wie geht es weiter?

Hessel sieht einen Weg in lokalen Initiativen etwa im Umweltschutz oder einer solidarischen Ökonomie, die brauchbare Lösungen für ihre Belange gerade vor Ort entwickeln und nicht im mörderischen Kampf rein kapitalistisch funktionierender Unternehmen, die sich vor allem durch ein Gegen-einander und den Kampf um Märkte auszeichnen. Hessel hält dabei aber an einer „geregelten Marktwirtschaft“ fest, wenn die Kräfte des Marktes wieder genügend eingegrenzt sein sollten. Ein Sinn für Ausgewogenheit in der Komplexität gerade auch globaler Zusammenhänge ist Hessel wichtig, wie er im fünften Kapitel „Alternativen schaffen“ aufzeigt.

Hessel will verstehen und handeln: Es geht um einen „Mehrfrentenkampf“. „Widerstand ist da nur ein Teil der Geschichte. Widerstand kann Berufung sein, doch Gestaltung geht darüber hinaus“.

QUELLE: STADTPLAN DIENST.DE



Güterbahnhof Grunewald: das Kleinod erhalten

VON CORNELIA BIERMANN-GRÄBNER UND UWE SZELAG

Der Güterbahnhof Grunewald: das Gelände kennen die meisten nur vom Vorbeifahren. Es liegt umgeben von AVUS, S-Bahn und Zugverkehr. Nur zwei Zugänge – ein Fußgängertunnel vom Halenseer Werkstättenweg und ein weiterer vom S-Bahnhof Eichkamp aus über die schmale Cordesstraße – führen zu dem Gebiet, das mit seinen denkmalgeschützten Eisenbahnerhäusern und erhaltenswerten Bahnindustriebauten ein Kleinod bildet, das es vor Schnellschüssen der Investoren zu retten gilt.

Die Bahnfläche des ehemaligen Güterbahnhofs Grunewald sieht verwunschen aus und regt die Fantasie an: Die Backsteinhäuser könnten wieder bewohnt und um Gebäude ergänzt werden, u.a. für Kultur-/ Sportprojekte, und die von der Natur zurückeroberten Areale könnten der Freizeitznutzung dienen. Hier ließen sich viele Ideen umsetzen, die auch wirtschaftlich tragfähig wären und genau hier funktionierten. Was aber nicht geht: die üblichen „Schnellschüsse“ von Investoren, die, statt zu entwickeln, nur ihr Geschäft im Kopf haben.

Verkehrsinfarkt vorprogrammiert

Nun droht der Verkehr in der Siedlung Eichkamp, die ohnehin unter „Schleichverkehr“ sowie dem Lärm von AVUS und Bahn leidet, noch anzuwachsen, an der Messe ist ein Verkehrsinfarkt zu befürchten, jedenfalls wenn es nach den Vorstellungen des Möbelhaus-Großunternehmers Kurt Krieger ginge. Krieger hat den Güterbahnhof von der Bahn gekauft und plant auf dem Gelände ein riesiges Höffner-Möbelhaus und einen Sconto-Discount mit eigener AVUS-Abfahrt zu errichten. Berlinbesucher sähen damit als erstes nicht den Funkturm, sondern die Höffner-Möbelhausklötze.

Spiel auf Zeit

Krieger hat keine Billigung des Senats, der Flächennutzungsplan (FNP) steht dem entgegen; der Bezirk lehnte das Projekt im November gerade ab. Die BVV hat auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zurückweisung der Höffner-Pläne und den Erhalt der denkmalgeschützten Gebäude und der anderen Industriebauten gefordert.

Doch Krieger spielt auf Zeit. Er verfügt über eine „alte“, leider gültige Abrissurlaubnis der Bahn und will offenbar den Abriss in Kürze beginnen. So würde er den Konflikt auf die Spitze treiben.

Die Bürgerinitiative „Zwischen den Gleisen“ kontrolliert regelmäßig das Gelände. Sie befürchtet, dass beim Abriss „aus Versehen“ auch denkmalgeschützte Bauten verschwinden. Leider eine immer wieder zu beobachtende Praxis: Die Initiatoren riskieren meist nur ein geringes Bußgeld – die Wiederherstellung ist aber nicht mehr möglich.

Schauen Sie sich doch mal das Gelände an! Zeigen Sie „öffentliches Interesse“. Machen Sie Vorschläge! Die Bürgerinitiative und wir sind dankbar dafür!

Weitere Informationen: www.bi-zwischen-den-gleisen.de



QUELLE: GERT ALTMANN / PIXELIO

Was wir Grüne uns von den Piraten wünschen

VON ROLAND PREJAWA

Was sich die Piraten von den Grünen wünschen

DIE FRAKTION DER PIRATEN IN DER BVV CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF; DIE CREWS 1984 UND WITWE CHING

Wir sind mit den Themen Transparenz und Bürgerbeteiligung im Wahlkampf angetreten. Eines unserer Ziele ist es, den Bürgern des Bezirks alle Verträge und Gutachten komplett offenzulegen und die Internetanmeldung für Bürgeramtstermine auf alle Dienstleistungen – auch den Berlinpass – gleichberechtigt anzuwenden.

Des Weiteren wollen wir die Einwohner an Entscheidungen des Bezirks beteiligen und sie bei langfristigen und teuren Projekten schon im Vorfeld informieren und befragen.

Die Piraten befürworten auch eine Mietenpolitik, die den Bürger in den Mittelpunkt stellt. Die jetzt im Koalitionspapier festgelegten Maßnahmen sind nach unserer Meinung dazu nicht geeignet. Wir setzen uns für bezahlbare Mieten für alle Bürger des Bezirks ein.

Zusammengefasst: Wir erwarten Unterstützung für eine Politik, welche die Bürger von Charlottenburg-Wilmersdorf in den Mittelpunkt stellt.



FOTOQUELLE: FOTOLIA

Ein wenig überraschend war es dann doch schon, als die Piraten mit einem satten Ergebnis ins Abgeordnetenhaus und einem guten Ergebnis in die Bezirksverordnetenversammlung eingezogen sind. Seither sitzen sie in den Räumen der FDP, und FDP steht fortan für ‚Fraktionsbüro Der Piraten‘.

Gut erobert muss man sagen –

Kompliment an die junge Partei, von der wir uns für die kommende Legislaturperiode viel frischen Wind erwarten und die den Bezirk, vielleicht auch mit ungewöhnlichen Aktionen, auf zeitgemäßen Kurs bringen soll. Neue Ideen in der Politikultur haben sie versprochen, und das scheint auch ihr Wählerauftrag zu sein.

Die Piraten stehen für ein neues Zeitalter, für die Internet-Politik. Wie auch wir fordern sie Transparenz im politischen Tun und Handeln des Bezirksamts. Über den Bürgerhaushalt hinaus müssen im Zeitalter der elektronischen Medien politische Entschei-

dungsprozesse gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung mit elektronischen Interaktionsformen müssen entwickelt werden, um auch der Politikverdrossenheit und der daraus resultierenden geringen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken. Mit den neuen Medien kann hier über Smartphone oder Tablet-PC aktuell die Politik mit verfolgt und gestaltet werden. Auch das elektronische Bezirksamts muss vorangetrieben werden, zu einem modernen Bezirksapparat, der internetbasiert die Belange der Bürgerinnen und Bürger erledigen lässt. Seine Attraktivität im Web muss gestärkt werden. Einfach und nachvollziehbar muss das Portal zum Bezirksamts für alle Altersgruppen sein, für interessierte und weniger interessierte Internetnutzerinnen und Internetnutzer. Hier wünschen wir uns Unterstützung von den Piraten und denken, dass wir in vielen Punkten in die gleiche Richtung gehen, damit der Bezirk endlich im 21. Jahrhundert ankommt. Wir wünschen uns nicht, dass sie im politischen Tagesgeschäft untergehen und den frischen Wind, mit dem sie gestartet sind, verlieren und sich in ihrer Arbeit den Konventionen ergeben.

Lebensqualität in der Stadt: öffentliche Plätze und Freiräume

VON SIBYLLE C. CENTGRAF

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt: Öffentliches Grün, frei zugängliche Plätze, Parks und Spielplätze sind zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und gehören ebenso zur funktionierenden Stadt wie die Müllabfuhr und der Nahverkehr. Der Berliner Haushaltsnotstand ist jedoch allorten im öffentlichen Raum ablesbar: Sei es an den Baumscheiben fehlenden Straßenbäumen, an nur unzulänglich ausgestatteten Ballspielflächen, an ungepflegten Straßenzügen oder an historischen Parks ohne Entwicklungspflege – die Geldnot hinterlässt auch in Charlottentburg-Wilmersdorf inzwischen stellenweise nackte Erde und Unrat.

Freiraum kostet Geld

Damit wir uns Wohlfühlen brauchen die Plätze Ordnung, die Parks Pflege und die alternden Straßenbäume Nachwuchs. Kinder brauchen Bewegungsflächen, damit sie sich draußen austoben können anstatt vor dem Fernseher oder Computer zu hocken. Allerdings ist die gesetzliche Vorgabe, wonach pro Einwohner ein Quadratmeter Spielplatzfläche zur Verfügung stehen soll, ist für unseren Innenstadtbereich praktisch unerreichbar.

Umso wichtiger ist es, die Spiel- und Bolzplätze gerade für die über 12-Jährigen wohnortnah zu erhalten und gegenüber gerichtlich klagenden MitbürgerInnen zu verteidigen. Notfalls auch mit öffentlichem Druck und „runden Tischen“. Es darf nicht sein, dass z.B. in der Mommsenstraße ein Basketballplatz wegen Lärmbelastigung weg geklagt wird oder aber ein voll funktionsfähiger Bolzplatz im Volkspark über Monate nicht verfügbar ist, weil der Bodenbelag Blasen wirft und nicht repariert werden kann. Auch sind rigide Schließzeiten mittels eines privaten Sicherheitsdienstes keine Lösung, um Anwohnenden in den Abendstunden Ruhe zu garantieren. Der Bezirk soll lieber Mittel in Mediations- und Befriedungsverfahren stecken, als vor klagefreudigen Rechthabern zu kapitulieren!

Eine Stadt für Alle!

Die europäische Stadt ist die Stadt der Durchmischung verschiedener sozialer Schichten und Nutzungen auf engstem Raum. Davon leben das Flair und die Attraktivität Berlins. Umgrenzte Siedlungsflächen mit einheitlicher Bevölkerungsstruktur nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Housings“



gibt es hier zum Glück nicht. Solche „Housings“, also hoch eingezäunte, sicherheitsüberwachte Wohnparks mit Zugangskontrolle und privaten Gemeinschaftsanlagen, wie z.B. Schwimmbädern ohne Zutrittsrecht für „Nicht-Bewohner“, sind Ausdruck großer Einkommensunterschiede und gesellschaftlicher Entmischung. Das heißt aber auch, dass europäischen Stadtbewohnern ein Höchstmaß an Toleranz gegenüber den Nutzungsvorlieben der Anderen abverlangt wird, um sich hier ungestört heimisch zu fühlen. Im Gegenzug muss die Zivilgesellschaft aber gemeinsam auf die Einhaltung von vereinbarten Regeln achten, sonst funktionieren Sozialleben und Mobilität in der Stadt nicht.

Jetzt im Winter sind unsere stadt-

bildprägenden Plätze und Parks eher Schneesammelpunkte und Verkehrsknotenpunkte an denen wir vorbei eilen, als Aufenthaltsflächen. Die Weihnachtsbuden und Christbäume sind abgeräumt, die vereisten Wege hoffentlich frei geschaufelt. Wer den öffentlichen Raum exklusiv privat oder geschäftlich nutzt, muss das bezahlen, vom Baustelleneinrichter bis zum Schausteller. Das ist folgerichtig, kostet doch nicht nur die Herstellung, sondern auch die Unterhaltung der öffentlichen Flächen viel Geld und Einsatz. Jenseits von Instandhaltung und Grünpflege verlangt nicht nur der historische Schmuckplatz, sondern auch das Grün mit Brunnen im Verkehrskreislauf einiges an Straßenkehrgebühr und Müllbeseitigungskosten.

Begegnungsraum ohne soziale Privilegierung

Dafür sind öffentliche Freiflächen auch kostenfrei und ohne Konsumzwang von Jedermann und zu jeder Zeit zu nutzen. Aufenthaltseinschränkungen oder Verzehrzwang, wie im privaten Raum zwischen den Shops in einer Mall, gibt es nicht. Die Grünen möchten, dass das so bleibt und erteilen Finanzierungsideen, zur Unterhaltung von Plätzen und Parks, die auf Verpachtung und Nutzung durch Private abzielen, eine klare Absage. Dazu zählen solche Ideen, wie die langjährige Verpachtung von Plätzen als Refinanzierung von Investitionen zu nutzen ebenso, wie die Erlaubnis raumgreifender Privatnutzungen in stark frequentierten Parks. Eine privat betriebene Tiefgarage darf also beispielsweise nicht auf Kosten der Nutzbarkeit des Hardenbergplatzes entstehen. Zugangsbeschränkungen im Lietzenseepark für eine Konzerteiherie mit Verkaufständen erlauben wir nicht. Für die Unterhaltungspflege setzen wir dafür lieber auf unterstützendes bürgerschaftliches Engagement. Denn wer tatkräftig anpackt, schätzt die Freifläche umso mehr.



Hardenbergplatz

FRANZISKA EICHSTÄDT-BOHLIG

Der Hardenbergplatz ist und bleibt der wichtigste Verkehrsknoten für die City West. Diese Funktion darf nicht geschwächt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass am Zoo auch wieder Fernverkehrszüge halten.

Eine aufwendige Umgestaltung des Hardenbergplatzes mit öffentlichen Geldern erachten wir in absehbarer Zeit als nicht notwendig. Wir halten die Verlagerung der BVG-Haltestellen weg von den U-Bahnzugängen an die Nebenstraße für falsch. Wir haben auch große Zweifel, dass sich hier der Bau einer Tiefgarage privatwirtschaftlich trägt. Da muss zunächst die Zukunft des Grundstücks der Riesenradpleite geklärt werden. Geprüft werden muss auch der Stellplatzbedarf für Reisebusse, Carsharing und Fahrräder etc.

Wir sind gespannt auf die neue Nutzung des Bikini-Zentrums. Wir begrüßen es, wenn die Bahn mehr Licht, Läden und Gastronomie in den Bahnhof Zoo bringt. Die Unterführung Hardenbergstraße braucht auch mehr Licht und Freundlichkeit. Auf dem Hardenbergplatz brauchen wir eine vernünftige Fahrradparkanlage und bessere Querungen für Fußgänger. Mit mehr Bäumen und Grün können Berlins Gäste freundlicher empfangen werden. Aber ein verkehrsfreier Schmuckplatz sollte der Hardenbergplatz nicht werden.

Savignyplatz

CHRISTOPH WAPLER

Der Kiez um den Savignyplatz ist seit jeher beliebt bei Kreativen und Intellektuellen, die oft schon mittags die Cafés bevölkern – von der 1989er Wende offenbar ebenso wenig berührt wie vom Tourismus-Boom der vergangenen Jahre. Und doch: die schönen Altbauwohnungen sind bei gut-situierten Neuberlinern begehrt. Bei den vielen Single-Haushalten im Kiez haben es Alleinstehende schwer, eine bezahlbare kleinere Wohnung zu finden. Hält sich das Mietniveau noch im Rahmen, so steigen bei Neuvermietungen die Preise.

Das betrifft auch Gewerbetriebe: die „Designmeile“ Kantstraße ist heute geprägt von hochwertigem Einzelhandel. Im Westen schließen sich Läden und Restaurants mit asiatischem Charakter an, die das Bild bereichern. Befürchtungen, dass sich wie andernorts Fastfood-Gastronomie und Mode-Labels breit machen könnten, haben sich nicht bewahrheitet. In anderen Bereichen, wie in den S-Bahn-Bögen zwischen Grolman- und Uhlandstraße, ist eine Belebung noch nicht gelungen. Auch die Aufenthaltsqualität der Kantstraße selbst ist verbesserungsfähig.

Die großen Bauvorhaben am Zoo werden den Kiez abermals verändern. Gut möglich, dass sich die Café-Stammgäste davon auch weiterhin nicht beeindruckt lassen.



Gerhart-Hauptmann-Anlage

SIBYLLE C. CENTGRAF

Die innerstädtische Grünfläche der Gerhart-Hauptmann-Anlage grenzt an das Grundstück des Hauses der Festspiele des Bundes in Berlin und an die Bundesallee. 2001 wurde das Grundstück des Festspielhauses mit der denkmalgeschützten Bebauung der „Freien Volksbühne“ von Fritz Borne-mann von 1963 an einen privaten Investor verkauft. Mit einem Mietvertrag über 30 Jahre hat der Bund den Theaterbetrieb abgesichert und eine freche, neue Maßstäbe setzende Kultureinrichtung etabliert. Seitdem rottet die alte Parkpalette mit der „Bar Jeder Vernunft“ obenauf vor sich hin. Der Investor sucht seinen Gewinn mittels eines neuen Baurechts zu generieren.

Leider vertragen sich die vorhandenen, lebendigen Kultur- und Freizeit-Nutzungen kaum mit vermarkt-baren Fremdnutzungen. Dennoch werden immer neue Pläne vorgelegt und namhafte Unterstützer für eine Realisierung engagiert. Derweil harren die Grünanlage mit Bolz- und Spielplatz der Aufwertung. Jüngst sind sogar die jahrelang vorsorglich in die Investitionsplanung eingestellten Mittel zur Aufwertung der Grünanlage verschwunden. Dass es nicht zu den Pflichtaufgaben des Bezirks gehört, ausreichend Spiel- und Freiflächen für Jugendliche oder die Erholung vorzuhalten, sollte nicht davon abhalten, diese vor einer Neubebauung zu sichern. Mag manch einer die Theaterkultur als Luxus empfinden, so prägt sie doch das Lebensgefühl Berlins und ist unverzichtbar.

Bundesplatz

Die ‚Initiative Bundesplatz‘ setzt sich seit 2010 für die Verbesserung der sozialen, städtebaulichen und kommunalen Lebensqualität im Wohn- und Arbeitsbereich des Bundesplatzes und der Bundesallee ein. Hierbei finden sie Unterstützung durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Charlottentburg-Wilmersdorf. An dieser Stelle zeigen Alexander Kaas Elias, Grünen-Fraktionsvorsitzender der BVV in Charlottentburg-Wilmersdorf, und das Mitglied des Kreisverbands Charlottentburg-Wilmersdorf, Rainer Wittek, Möglichkeiten auf, die dem Bundesplatz seine Aufenthaltsqualität zurückgeben können.

Aufenthaltsqualität wiederherstellen

ALEXANDER KAAS ELIAS

Der Bundesplatz ist das südöstliche Tor in den Bezirk Charlottentburg-Wilmersdorf. Doch der Platz verlor durch die „autogerechte“ Stadtentwicklung in den 1960er Jahren seine Aufenthaltsqualität; die breite Bundesallee trennt den Kiez in zwei Hälften und der Autotunnel degradiert den Platz zu einem Straßenbegleitgrün.

Da wollten die AnwohnerInnen nicht länger hinsehen und gründeten die ‚Initiative Bundesplatz‘. Diese forderte die Bezirks- und LandespolitikerInnen auf, die verlorengegangene urbane Raum- und Platzqualität wieder herzustellen. Diese Forderung fand auch Eingang in das grüne Wahlprogramm von Charlottentburg-Wilmersdorf.

Als ein erstes Ziel soll die Querungsmöglichkeit im Norden des Bundesplatzes von einer Seite zur anderen wieder ermöglicht werden. Für die mittel- bis langfristige Entwicklung können die Ergebnisse der „Charette“ (Bürgerbeteiligungsverfahren) der Initiative Bundesplatz mit herangezogen werden, um die Spaltung des Platzes zu überwinden und hier einen Stadtraum mit hoher urbaner Qualität entstehen zu lassen, der alle Voraussetzungen für eine neue Mitte von Wilmersdorf hat.

Bundesallee 21 – Unten bleiben!

RAINER WITTEK

Sich nur auf die Wiederherstellung des Bundesplatzes zu fokussieren hieße, die Chance einer Reurbanisierung des Bereiches Bundesallee nicht zu nutzen. Die Reurbanisierung wäre ein idealer Einstieg in ökologische und soziale Stadtentwicklung, wie sie in der Rot-Grünen Zählgemeinschaft vereinbart wurde. Bundesallee, Volkspark und Bundesplatz bilden ein einmaliges städtebauliches Ensemble, das durch die autogerechte Stadtplanung zerstört wurde.

Nicht nur der Bundesplatz wird durch die Bundesallee zu einer städtebaulichen Ödnis. Die dreispurige Rennpiste zerteilt den Stadtteil und auch den Volkspark, der nur über eine Bogenbrücke direkt verbunden ist und im Winter für viele Bürger ein unüberwindbares Hindernis darstellt. Mit dem Bundesplatz muss die Bundesallee mit einer den Platz entlastenden Verkehrsführung umgestaltet werden, aber ihre Verteilerfunktion behalten (Durchfahrt-/Zielverkehr), indem beide bestehenden Tunnel zu einer durchgehenden Tunnelanlage für den Autoverkehr von Berliner Straße bis Südwestkorso umgebaut werden.

Die neue urbane Mitte von Wilmersdorf könnte ein Projekt von IGA und IBA werden, und mit Mitteln der EU finanziert werden. Warum eigentlich nicht?

Was ist eine Zählgemeinschaft?

Eine Zählgemeinschaft führt die Stimmen mehrerer Listen bei einer Wahl zusammen. Durch den Zusammenschluss mehrerer Fraktionen soll z.B. ein besseres Ergebnis bei der Bürgermeisterwahl erreicht werden. Die Zählgemeinschaft unterscheidet sich von einer Koalition insofern, als dass die gewählten Vertreter sich keinen gemeinsamen Verträgen verpflichten.

Eine Zählgemeinschaft kann aber auch – wie in Charlottenburg Wilmersdorf geschehen – über die Wahl hinaus geschlossen werden. Hierbei dient sie der Verabredung über politische Ziele, die im Laufe der folgenden Legislaturperiode erreicht werden sollen. In diesem Fall verpflichten sich die Mitglieder der beteiligten BVV-Fraktionen zu gemeinsamem Handeln und Abstimmungsverhalten.

Die Grundlage zum Zusammenschluss von Zählgemeinschaften bildet das Berliner Bezirksverwaltungsgesetz (§ 35, Abs. 2).

Grüne Zebrastreifen im Guerilla-Wahlkampf

VON ROLAND PREJAWA

Wahlwerbung ist auch richtige Werbung – Sehen und gesehen werden, Aufmerksamkeit ergattern, in den Medien bleiben und dazu noch eine korrekt-politische Botschaft. Werbung im Guerilla-Stil ist Werbung, die abseits der klassischen Wege geht. Sich was trauen, anecken und polarisieren – eben auch mal grüne Zebrastreifen malen.

Im vergangenen Wahlkampf wollten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Mangel von fehlenden Zebrastreifen hinweisen. Sie werden im Bezirk gebraucht. An vielen Orten ist, beson-

ders für Kinder, die Überquerung der Straße gefährlich. Zwei Punkte hatten sich grüne Wahlkämpfer ausgesucht, an denen sie auf fehlende Übergangsmarkierungen aufmerksam machen wollten und sich der Senat mit der Umsetzung schwer tut: Am Rüdesheimer Platz und in der Straße Am Volkspark. Grün ist grünes Credo, also mussten grüne Zebrastreifen her. Mit viel abwaschbarer Farbe sind semiprofessionelle Übergänge mit grünen Streifen entstanden. Natürlich wurde nachts gemalt; denn es sollte ja nicht nur eine Guerilla-Aktion sein, sondern auch ein



Guerilla-Flair haben. Viele BürgerInnen finden die sichere Überquerung an diesen Orten schon lange überfällig und so erhielten die Guerilla-Wahlkämpfer durchweg positive Resonanz für die Aktion, nur nicht von der Polizei. Drei Tage später, bewaffnet mit Schrubber und Wasser, mussten die grünen Zebrastreifen wieder entfernt werden. Das wurde natürlich nachts gemacht, es sollte ja von Beginn bis Ende Guerilla sein. Das kreative Endprodukt kostete uns 70 Euro, und für jeden Zebrastreifen musste eine halbe Stunde gemalt werden. Das Installieren von „richtigen Zebrastreifen“ dauert oft Jahre und kostet bis zu 80.000 Euro. Wir Grünen arbeiten daran, dass das schneller und billiger geht!



links: Alles so schön grün hier – sogar die Zebrastreifen
rechts: Im Guerilla-Wahlkampf – Hier die Soft-Variante



Vielen Dank ...



... für die Blumen, die fleißige Guerilla-Wahlkämpfer überall im Bezirk gepflanzt haben! Danke für grüne Zebrastreifen, fürs Flyer verteilen und für Standardarbeit. Kurz: Dank an all die großartigen HelferInnen und UnterstützerInnen im Wahlkampf! Diese Seite ist für euch.



Ein großer Dank auch an unsere KandidatInnen für die BVV und an unsere DirektkandidatInnen. Dank für eure Mühe, euren Einsatz und eure tollen Aktionen! Allen, die nun in Amt und Würden sind, wünschen wir viel Erfolg in der kommenden Legislaturperiode.

Euer Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf



Stadtteilgruppen – die Basisinitiativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Charlottenburg-Wilmersdorf

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bezirk bieten Ihren Mitgliedern und allen Interessierten eine einfache, unkomplizierte Möglichkeit Parteileben zu praktizieren: die Stadtteilgruppen. Sie treffen sich regelmäßig in gemütlicher Runde, verzichten auf alle Partei-Formalia und dienen dem Sich-Kennen-Lernen, dem Debattieren über aktuelle Themen und dem Planen und Umsetzen von lokalen Initiativen. Sie sind die Basisgruppen, die grüne Parteiarbeit vor Ort autonom organisieren.

Stadtteilgruppe MOMO (Wilmersdorf-Südwest und Schmargendorf)

trifft sich an jedem 3. Sonntag im Monat um 12 Uhr im Restaurant „Zur Glocke“ (Mecklenburgische Straße 14, Nähe S- und U-Bahnhof Heidelberger Platz)

Nächste Treffen: 19. Februar und 18. März

Kontakt über: Matthias Reich
info@matthiasreich.de
(030) 8 24 85 98

Stadtteilgruppe City-West (Zoo, Ku'damm, Bismarckstraße)

trifft sich circa alle 6 Wochen um 19:00 Uhr zum Essen, Plaudern und Selbst-Verorten

Nächstes Treffen: 21. Februar im Restaurant „Pasta & Basta“, Knesebeckstraße 94 (nahe Steinplatz)

Kontakt über: Sibylle C. Centgraf
0175 / 5 40 05 85
sibylle.centgraf@gmx.de



So schön kann Wahlkampf sein – Roland Prejawa am „Rollrasenstand“



Stand sogar in der „Financial Times“ – Björn von der Grünen Jugend bei der Fahrradreparatur

FOTOS AUF DIESER SEITE: ROLAND PREJAWA (3), MICHAELA GROSS (2), BJÖRN RUBERG, TOM-SAWYER / PIXELIO.DE

Impressum

HerausgeberIn: Bündnis 90 / Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf | Redaktion: Kirstin Bauch, Serdar Bulat, Susan Drews, Michaela Groß, Oliver Münchoff, Nadia Rouhani, Matthias Reich, Delphine Scheel | V.i.S.d.P.: Die Redaktion
Layout: Boris Buchholz | Druck: Union Druckerei Berlin | Auflage: 5000 | Der ‚Stachel‘ im Internet: <http://gruene-cw.de/der-stachel/>